

Neuer Umweltskandal in Mönchehagen?

Aufgestautes Wasser wird aus dem Brammer Wald in den Straßengraben geleitet

Von Hans-Jürgen Amtage

WB, 5.3.88



Petershagen/Mönchehagen (hA). »Ich weiß nicht, was ich dazu noch sagen soll.« Petershagens Stadtdirektor Lothar Ramrath (kl. Foto) war über die neuen Meldungen von der Giftmülldeponie Mönchehagen entsetzt, machte sich gestern morgen gleich mit Petershagen Umweltschutzbeauftragter Gudrun Wohlfahrt auf den Weg zur Deponie. Was er dort sah, führte zu seiner Sprachlosigkeit: Aufgestautes Wasser wird durch Rohre vom Deponiegelände in einen Straßengraben geleitet, der direkt zur Ilse führt.



Mit Rohren, die derzeit neu verlegt werden, wird aufgestautes Wasser vom Gelände der Giftmülldeponie Mönchehagen in einen Straßengraben geleitet.

Foto: Möller

Eine Praxis, die schon seit geraumer Zeit so gehandhabt wird, wie sich Ramrath und Gudrun Wohlfahrt sagen lassen mußten: Nur, daß derzeit einige Veränderungen durchgeführt werden, nachdem auch der kleine Brammer Wald nach Giftfunden vom Land Niedersachsen angekauft und mit einem Zaun gesichert wurde (das WESTFALEN-BLATT berichtete).

Stadtdirektor Lothar Ramrath setzte sich umgehend mit dem Umweltschutzbeauftragten des Kreises, Lothar Meckling, Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg und mit dem Landkreis Nienburg in Verbindung; forderte zudem, daß die Einleitung der Deponie-Abwässer in den Straßengraben sofort eingestellt werden müsse. Auch die zuständige Staatsanwaltschaft in Verden wurde eingeschaltet. Polizisten informierten sich am Nachmittag vor Ort. Sedimentproben aus den Abwasserrohren wurden gezogen und zum Hamburger NATEC-Institut zur Analyse geschickt, da auch in diesen Bodenschätzen giftige Dioxine und Furane vermutet werden.

Deponie Mönchehagen

Klage gegen Niedersachsen?

WB

Minden (WB/ChA). Der Kreis Minden-Lübbecke will jetzt nach jahrelangen Debatten den ungeklärten Umweltskandal um die Giftmülldeponie Mönchehagen (Landkreis Nienburg) gerichtlich klären lassen.

Zu dieser »Neubewertung« entschloß sich Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg gestern auf Drängen der Kreisausschußmitglieder, nachdem in der vergangenen Woche die Einleitung verseuchter Gewässer in einen Straßengraben aufgedeckt worden war.

Zudem sind zahlreiche finanzielle Probleme wie Übernahme der Kosten für die umfangreichen Untersuchungen auf Minden-Lübbecker Kreisgebiet, die Folgen möglicher Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen und der Schließung des Wasserwerkes Ilse sowie einer Flußbettsanierung der Ilse zu klären.

Außerdem wartet der Kreis auf eine Antwort des niedersächsischen Umweltministeriums bezüglich geplanter Sanierungsmaßnahmen. 8.3.88

Kreis Minden-Lübbecke bereitet Klage vor

In Mönchehagen muß bald etwas passieren

Von Hans-Dieter von Ameln

NW, 8.3.88

Minden/Mönchehagen (Eig. Ber.). Angesichts der nicht zu übersehenden Untätigkeit »nachgeordneter Behörden« im Lande Niedersachsen wird der Kreis Minden-Lübbecke eine Klage gegen das Land vorbereiten in Sachen »Mülldeponie Mönchehagen«. Der Kreisausschuß forderte den Oberkreisdirektor gestern auf, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Bislang war der Kreis Minden-Lübbecke davon ausgegangen, daß der Mönchehagen-Ausschuß die Dinge »alsbald« in den Griff bekommen würde. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß dieser Ausschuß »recht uneffektiv« arbeitet, und am Freitag erneut giftiges Wasser in die Ilse eingeleitet worden ist durch von Behörden verlegte Abflußrohre, gingen gestern die Emotionen im Kreisausschuß derart hoch, daß auch der Oberkreisdirektor seine bisherige Zurückhaltung aufgab.

Ein Rechtsanwalt, der sich »beim Problem Mönchehagen auskennt«, soll die Klage vorbereiten, wobei gestern noch offengelassen wurde, ob es eine Klage vor dem Verwaltungsgericht in Hannover werden wird oder eine strafrechtliche, die dann beim Landgericht Bielefeld eingereicht werden muß. Die »Wut« der Politiker ob des Handelns in Niedersachsen ging soweit, daß gar der Vorschlag gemacht wurde, die Ilse an der Landesgrenze »zuzuschütten«, weil »wir

nicht verpflichtet sind, giftiges Wasser anzunehmen«.

Wie in der Sitzung berichtet wurde, besteht der Verdacht, daß die Anweisungen des Umweltministeriums in Hannover von »den nachgeordneten Behörden blockiert« werden, weil man »offensichtlich nicht bereit ist, Sicherungsmaßnahmen sofort durchzuführen«, sondern »langsam aus dem nicht vorhandenen Sicherungskonzept in das Sanierungskonzept überzugehen«.

Landrat Heinrich Borcherdig geht davon aus, daß sich auch das Düsseldorf-Umweltministerium jetzt »stark in die Angelegenheit einschalten« werde, weil die Bevölkerung »endlich Sicherheit haben will«. Schließlich gehe es nicht nur um die Gesundheit der Bürger, sondern auch darum, zu verhindern, daß »den Landwirten keine Produkte mehr abgenommen werden, wenn hier nicht bald etwas passiert«.

Kreis will Münchehagen-Klage

Verbitterung über niedersächsische Hinhalte-Taktik im Kreisausschuß in Minden

Minden (-er). Einmütig beauftragten gestern die Mitglieder des Kreisausschusses unter dem Vorsitz von Landrat Heinrich Borchding und Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg, in Zusammenarbeit mit einem Fachanwalt eine Klage des Kreises Minden-Lübbecke mit dem Ziel vorzubereiten, Ersatzansprüche aus den Vorkommnissen mit der Giftmülldeponie Münchehagen für den Kreis zu sichern und weitere Schädigungen zu vermeiden. Das Faß zum Überlaufen gebracht hatte am vergangenen Wochenende (siehe MT vom Samstag) die Entdeckung, daß aus dem Brammer Wald Wasser ab- und über Wegeseltengraben in die IIs eingeleitet worden ist und wird. Die Kreisausschußmitglieder gehen davon aus, daß dieses Wasser mit Dioxinen und Furanen vergiftet ist. Gleichzeitig beschloß der Kreisausschuß, ein Spitzengespräch zwischen den Vertretern des Kreises Minden-Lübbecke und des Kreises Nienburg, auf dessen Gebiet Münchehagen als Giftquelle liegt, zu suchen und die Mitarbeit im Münchehagen-Ausschuß, der durch Vertreter der betroffenen staatlichen und kommunalen Einrichtungen in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie von anderen Betroffenen gebildet worden ist, durch den Kreistagsabgeordneten Wilfried Rübiger und den Kreismweltschutzbeauftragten Lothar Meckling trotz wenig hoffnungsvoller Beurteilung der Arbeit dieses Ausschusses fortzusetzen.

Über die letzte Arbeitsausschuß-Sitzung hatten gestern beide vor dem Kreisausschuß ausführlich referiert. In der nächsten Sitzung am 19. April sollen u. a. Toxikologen zu Wort kommen. Sie sollen vor allen Dingen darüber Auskunft geben, welche Schäden oder Beeinträchtigungen durch die anhaltende Verseuchung von Boden und Wasser mit Beginn der Vegetationsperiode zu erwarten sein werden. Im Kreisausschuß wurde gestern die Sorge sehr deutlich formuliert, daß die gesamte

Region unter den Auswirkungen der Verseuchung zu leiden haben wird, wenn nämlich Landwirte dieser Region nicht mehr ihre Produkte absetzen könnten. Über diesen Weg werde die gesamte gewerbliche Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen.

Vor diesem Hintergrund fanden es Rübiger und Meckling unfassbar, daß nach ihrer Einschätzung untergeordnete Behörden in Niedersachsen die Anordnung des niedersächsischen Umweltministers Remmers in

Sachen Münchehagen blockierten und verzögerten. So habe man den Eindruck gewonnen, daß das ausgearbeitete Sicherungskonzept als Sofortreaktion zur Vermeidung weiterer Schäden so schleppend gehandhabt werde, daß damit ein späteres Sanierungskonzept überflüssig gemacht werden könnte.

„Ich habe den Eindruck, daß man nicht gewillt ist, mit offenen Karten zu spielen“, meinte Kreistagsabgeordneter Rübiger verbittert. Er verwies darauf, daß sich der Kreis nunmehr schon seit dem Jahre 1978 mit Münchehagen im Nachbarkreis Nienburg befassen müsse. Er verhehlte nicht seine Meinung, daß manche Behörden gewisse Tatbestände zu verdecken suchten.

Die niedersächsischen Behörden seien für die Situation in Münchehagen – und damit auch im Nordkreis – nicht sensibel genug. Es sei einfach unvorstellbar, wie wenig Gewicht das niedersächsische Umweltministerium im Kabinett habe trotz bestens Willens von Prof. Redeker als Vorsitzender des Münchehagen-Ausschusses.

Helma Meier (SPD) sprach denn auch die Vermutung aus, daß dieser Münchehagen-Ausschuß nur eine Alibifunktion habe, nämlich Kritik zu sammeln, zu beschwichtigen und herunterzuspielen. Sie beantragte vor diesem Hintergrund die Erhebung einer Klage durch den Kreis, wobei bei der Vorbereitung noch festgelegt werden müsse, gegen wen sich diese Klage zu richten habe und vor welchem Gericht sie zu erheben sei. Von Münchehagen nämlich sei nicht nur die Stadt Petershagen betroffen, die ebenfalls Klage erhoben hat, (Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Kreis will Münchehagen-Klage

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

sondern auch der Kreis zumindest als Wasser- und Naturschutzbehörde.

CDU-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Osterhage bezeichnete es als „schaurig“, was aus Münchehagen noch auf den Kreis zukommen könne. Er forderte eine lückenlose Beweissicherung für die eingetretenen und drohenden Schäden, gab aber auch zu bedenken, ob eine Klage nicht dazu führen könnte, das eigentliche Problem ruhen zu lassen, bis die Gerichte gesprochen hätten.

Von vorsätzlichem Handeln sprach Kreistagsabgeordneter Gerhard Henneking, wenn – wie geschehen – vergiftetes Wasser aus dem Brammer Wald über Rohrleitungen mittelbar in die IIs geleitet werde oder – wie seit dem Wochenende – aufgestaut werde und dabei in den Erdboden versickere. Und Heiner Mühlenhoff von den Grünen wies auf den Gesichtspunkt des Schadenersatzanspruches für die Landwirtschaft hin, wenn sie ihre Produkte aufgrund einer möglichen Bodenverseuchung nicht absetzen könne.

Oberkreisdirektor Dr. Rolf Momburg betonte, daß trotz aller Mängel der Münchehagen-Ausschuß noch eine Funktion habe.

Der Kreis sollte mit seinen Vertretern in ihm weiterarbeiten. Nach dem gestrigen Bericht im Kreisausschuß und nach den Vorfällen am Wochenende am Brammer Wald habe er aber nunmehr Zweifel, ob man auf diesem Wege allein weiterkomme. Er könne deshalb nur vorschlagen, als weiteren Schritt den Klageweg zu beschreiten. Dabei könnte es sich u. a. um eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Hannover auf Unterlassung z. B. der Einleitung oder der Vornahme der Sanierung handeln oder um eine Zivilklage vor dem Landgericht Bielefeld mit dem Ziel, sich Kostenersatzungen zu sichern.

Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren läuft nach Mitteilung des OKD seit dem Wochenende in dieser Angelegenheit. Die Staatsanwaltschaft habe Wasserproben gezogen und werde entscheiden, ob und gegen wen sie Klage erheben wird.

„Noch vor einigen Wochen habe ich nein zu einer Klage des Kreises gesagt“, betonte der OKD. Aufgrund der jüngsten Ereignisse müsse er diese Frage heute anders beantworten.

Petershagen klagt gegen Nienburg!

Petershagen (hiA). Petershagen wird wegen der Kosten, die der Stadt durch die undichte Giftmülldeponie Münchehagen entstanden sind, gegen den Landkreis Nienburg klagen. Angestrebtes Klageziel: die Rückerstattung der Ausgaben. Allein 100 000 Mark hat Petershagen bisher für Gutachten ausgegeben. Hinzu kommen Kosten für das aufgrund von austretenden Deponiegiften stillgelegte Wasserwerk Ilse. Die Klageschrift wird derzeit vorbereitet. Das Verfahren wird vor dem Bielefelder Landgericht geführt.

WB, 8.3.88

Münchehagen: Kreis strengt Verfahren an

Kreis Minden-Lübbecke (CHa). Der jüngste Umweltskandal um die Giftmülldeponie Münchehagen (Landkreis Nienburg) hat das »Faß zum Überlaufen« gebracht: Der Kreis will jetzt gerichtlich die Absicherung und Sanierung des verseuchten Geländes erreichen.

Nachdem am vergangenen Freitag aufgedeckt worden war, daß giftige Abwässer aus einem Wald nahe der dioxinverseuchten Halde in einen Straßengraben abfließen, reagierte der Kreisausschuß gestern nachmittag scharfsten. Kritik wurde besonders am Selbstver-

ständnis des Münchehagen-Ausschusses laut. Das Gremium habe lediglich die »Alibifunktion«, Unmut zu kanalisieren, so die stellvertretende Planungsausschußvorsitzende Helma Meier (SPD).

WB, 8.3.88 (Bericht im Lokaltell)

Stadt will Klage beschleunigen

Münchehagen: Wann endlich Verfahrenseröffnung? / Kreisbeschluß begrüßt

Petershagen (hn). In ihrer Unzufriedenheit waren sich alle Fraktionen und die Verwaltung der Stadt Petershagen gestern einig: die vor zwei Jahren eingereichten Klagen vor dem Verwaltungsgericht wg. Münchehagen und seinen inzwischen unübersehbaren Folgen für das eigene Stadtgebiet kommen offenbar nicht vorwärts, der Münchehagen-Ausschuß erschöpfe sich teilweise in Geschäftsordnungs- und Protokollfragen, und das vom niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers (CDU) vorgelegte Sicherungs-Konzept sei als völlig unzureichend abzulehnen. Einzige erfreuliche Nachricht für die Petershäger war der Beschluß des Kreises, jetzt (endlich) über eine eigene Klage gegen niedersächsische Behörden nachzudenken.

Das Thema Münchehagen haben sich die Petershäger jetzt als ständigen Punkt für die wichtigen Sitzungen auf die Tagesordnung gesetzt, denn jedesmal gibt es neue, meist schlechte Nachrichten wie jetzt auch wieder die letzte Woche entdeckte Deponiewasser-Ableitung in die IIs. Für die SPD-Fraktion war das Anlaß, über eine Forcierung der eigenen Petershäger Rechtsbemühungen nachzudenken. Fritz Tüting legte einen Antrag vor, die Klage der Stadt zu beschleunigen, indem man sie präzisiere, und sich zusätzlich zu dem beauftragten Mindener Anwaltsbüro mit einem in Umweltverfahren besonders bewanderten Rechtsanwalt in Verbindung zu setzen.

Peter Thiele (SPD) legte in einer grundsätzlichen Darstellung des vielschichtigen Münchehagen-Problems klar, warum das Remmersche Sicherungskonzept für Petershagen auch bei Änderungen nicht akzeptabel sei. Es sei zum einen auf falschen Voraussetzungen aufgebaut, weil man zum Beispiel nur die günstigsten Gutachter-Aussagen zu Rate gezogen habe, andere weitergehende Aussagen zur Klüftigkeit und den Wasserverlusten würden „beiseite geschoben“.

Auch die baulichen Vorschläge dieses Sicherungskonzepts, für das Helmut Schrage (CDU) den Begriff Sanierungskonzept nicht gelten lassen wollte, weisen irreparable Mängel, so Thiele, auf. Nach den Bodenfundamenten sei eine Einkapselung ohne Basisabdichtung hinfällig, meinte er, das

Drän-System könne höchstens oberflächlich wirken. Die SPD erneuerte ihre Forderung nach Auskoffierung der Deponie.

Die Klagepräzisierung und die Heranziehung eines weiteren Rechtsanwaltsbüros forderte auch Jürgen Hannemann (CDU), dessen Antrag von seinem Fraktionskollegen Schrage verlesen wurde. Doch angesichts der neuen Situation dadurch, daß jetzt auch der Kreis offenbar zur Klage als untere Wasserbehörde bereit ist, meinten die Sprecher aller Fraktionen, daß man vielleicht doch die Kosten für einen zweiten Rechtsanwalt sparen könne und

als „Gespann“ mit dem Kreis (FDP-Sprecher Alfred Raschke) doch zum gewünschten rascheren Erfolg kommen könne. Alfred Borgmann (Grüne), der den niedersächsischen Behörden „unglaubliches Verhalten“ vorwarf, blieb skeptisch: „Wir müssen erst abwarten, wie die Kreisklage aussieht.“

Stadtdirektor Lothar Ramrath, der als Mitglied des „Trauerspiel“ Münchehagen-Ausschuß beklagte, gab die Information weiter, daß, nachdem sich nun die dritte Berichterstatterin des Verwaltungsgerichts in die Klagschrift einlese, „aller Wahrscheinlichkeit nach ein Verhandlungstermin noch in diesem Jahr anberaume“ werde.

Ob bis dahin die Klage präzisiert wird und ob ein weiteres Rechtsanwaltsbüro – gesprochen wurde von der Kanzlei Geulen und Partner in Berlin, der auch der Bundestagsabgeordnete Otto Schily angehört – zusätzlich beauftragt wird, darüber soll nun der Rat am nächsten Dienstag befinden.

Grünen-Fraktion begrüßt Klageerhebung

Die Hinzuziehung des Berliner Abfallrechtlers Geulen beantragt

Minden. Die Kreisverband Die Grünen Minden-Lübbecke und die Kreistagsfraktion begrüßen die eindeutige Haltung des Oberkreisdirektors zur Klageerhebung bezüglich der Sondermülldeponie Münchehagen. Beeindruckend sei das klare Bekenntnis des Verwaltungschefs, daß er seine eigene Meinung bezüglich Klageerhebung geändert habe und er seine Taktik gegenüber den niedersächsischen Behörden ebenfalls überprüfe, so teilt der Kreisverband mit.

Damit sei das nun zwei Jahre währende Hinhaltespiel beendet. Auf schwere Verstöße und Vertrauensbrüche durch nieder-

sächsische Behörden seien von seiten des Kreises Minden-Lübbecke bisher immer höfliche Aufforderungen und Punkteklärungen abgegeben worden. All dies habe bis heute keine Früchte getragen.

Das Verhalten der Altparteien im Kreisausschuß hingegen wisse „stark belastende Züge“ auf. Während der letzten fünf Monate habe die Fraktion Die Grünen mehrfach auf die Dringlichkeit einer Klageerhebung hingewiesen, einen diesbezüglichen Antrag im Kreisausschuß eingebracht und begründet. Zusätzlich sei von der Fraktion eine juristische Expertise im Auftrag gegeben worden. Der Antrag sei von den anderen Parteien in den Planungs- und Umweltausschuß verwiesen und auch hier kein Beschluß gefaßt worden.

Von seiten der Fraktion Die Grünen sei zusätzlich der Antrag gestellt worden, den Berliner Abfallrechtler Dr. Reiner Geulen zu dem Verfahren hinzuzuziehen. Die Altparteien hätten sich im damaligen Umweltausschuß zu einer Zustimmung nicht durchbringen können. **MT, 17.3.88**

Münchehagen: Grüne begrüßen Kreisklage

Eine „abgekupferte Idee“

Kreis Minden-Lübbecke. Der Kreisverband „Die Grünen“ Minden-Lübbecke und die Kreistagsfraktion haben die „eindeutige Haltung des Oberkreisdirektors zur Klageerhebung bezüglich der Sondermülldeponie Münchehagen“ begrüßt. Die „Meinungsänderung“ des OKD sei ebenso „beeindruckend“ wie die „Taktikänderung“ gegenüber den niedersächsischen Behörden. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Damit ist das nun zwei Jahre währende Hinhaltespiel beendet. Auf schwere Verstöße und Vertrauensbrüche durch niedersächsische Behörden waren von seiten des Kreises Minden-Lübbecke bisher immer höfliche Aufforderungen und Punkteklärungen abgegeben worden. All dies hat bis heute keine Früchte getragen.“

Das Verhalten der Altparteien im Kreisausschuß hingegen weist stark belastende Züge auf. Während der letzten fünf Monate hatte die Fraktion Die Grünen mehrfach auf die Dringlichkeit einer Klageerhebung hinge-

wiesen, einen diesbezüglichen Antrag im Kreisausschuß eingebracht und begründet. Zusätzlich war von der Fraktion eine juristische Expertise im Auftrag gegeben worden.

Der Antrag wurde von den anderen Parteien in den Planungs- und Umweltausschuß verwiesen und auch hier kein Beschluß gefaßt. Von seiten der Fraktion Die Grünen wurde zusätzlich der Antrag gestellt, den Berliner Abfallrechtler Dr. Reiner Geulen zu dem Verfahren hinzuzuziehen. Die Altparteien konnten sich im damaligen Umweltausschuß zu einer Zustimmung nicht durchbringen.

Wochen später kommen die gleichen Politiker und geben die abgekupferte Idee als ihre eigene Leistung aus.

Aus der Sicht der Grünen zeige dieses Verhalten, „daß die Politiker der CDU und SPD keine eigenen politischen Ideen entwickeln können, aber auch keine Bedenken haben, sich mit fremden Federn zu schmücken.“ **NW, 17.3.88**

Stadt und Kreis fordern Räumung der IIs

Gemeinsames Schreiben an Umweltminister Remmers

Anzeiger, 10.3.88

Minden/Münchehagen (ug). Vor der letzten Anzeiger-Ausgabe hatten sowohl die Stadt Petershagen als auch der Kreis Minden-Lübbecke im Zusammenhang mit den jüngsten Dioxinfunden im Bereich „Seelhorst“ und in dem Flußbett der IIs, beides im Bereich der Ortschaft Rosenhagen, erklärt, daß sich Vertreter beider Behörden zusammensetzen würden, um Überlegungen in bezug auf die nun zu treffenden Maßnahmen anzustellen.

Wie nun der Umweltschutzbeauftragte des Kreises, Lothar Meckling, gegenüber dem Anzeiger erklärte, habe dieses Gespräch inzwischen stattgefunden, und man sei sich einig gewesen, in einem Schreiben an den niedersächsischen Umweltminister Werner Remmers die Räumung der IIs zu fordern. Das Schreiben soll im Laufe dieser Woche abgesandt werden, und beide Behörden erwarten

vom Umweltminister Remmers in dem Antwortschreiben die Angabe eines genauen Zeitpunktes, wann die Räumung der IIs vorgesehen ist.

Außerdem, so Meckling, habe er im Münchehagen-Ausschuß, der in der letzten Woche in Loccum tagte, die zuständigen niedersächsischen Behörden aufgefordert, weitere Bodenuntersuchungen vom Landesamt für Bodenforschung

auf nordrhein-westfälischem Gebiet vornehmen zu lassen. Obwohl er mit dieser Forderung zunächst auf Widerstand gestoßen sei, habe ihm der Landkreis doch später signalisiert, hierzu einen schriftlichen Antrag mit den Standortangaben einzureichen.

Meckling erhofft sich außerdem von dem für den 19. April anberaumten Hearing mit verschiedenen Toxikologen weitere Aufschlüsse zu den vielen jetzt noch offengebliebenen Fragen im Zusammenhang mit den Dioxinfunden. „Ich bin überzeugt, daß sich bis Mitte April irgend etwas tun wird, so Meckling wörtlich gegenüber dem Anzeiger.

Keine Einschränkungen für Landwirte

Minister Remmers: Belastungen der Böden noch tolerierbar

Hannover/Münchehagen (dpa). Auf den mit Dioxinen und anderen Giften belasteten Äckern und Wiesen in der Umgebung der stillgelegten Sondermülldeponie Münchehagen kann weiter ungehindert Landwirtschaft betrieben werden. Umweltminister Werner Remmers (CDU) hält eine Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzung in Münchehagen „auch bei weitestgehender Auslegung des Vorsorgeprinzips“ für nicht gerechtfertigt. Das teilte der Minister gestern in Hannover mit.

Selbst die höchsten Belastungen in angrenzenden Waldböden seien nach Ansicht der Fachwelt noch tolerierbar. Mit weiteren regelmäßigen Untersuchungen von Pflanzen, Tieren und landwirtschaftlichen Produkten solle die jetzige Aussage untermauert werden.

Remmers stützt seine Entscheidung auf die Ergebnisse der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUF) in Hameln. Ein im Januar bekanntgewordenes Zwi-

schengutachten des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung hatte in Wald, Acker- und Wiesenböden in einem Umkreis von einem Kilometer um die Deponie eine breite Palette von Dioxinen, Furanen und Polychlorierten Biphenylen (PCB) nachgewiesen, darunter im Wald auch das Seveso-Dioxin.

Als eine der „üblichen Entwarnungen der Landesregierung“ bezeichnete der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“, Heinrich Bredemeier, die Entscheidung des Umweltministers. Offenbar hätten Remmers' Gutachter die Fachliteratur „einseitig ausgewertet“. Bei bestimmten Dioxinen, wie dem Seveso-Gift 2,3,7,8-TCDD, sei auch bei noch so geringen Belastungen langfristig eine Gesundheitsgefährdung zu befürchten. Vor einem Verzehr landwirtschaftlicher Produkte aus den belasteten Gebieten könne nur gewarnt werden. Er stütze sich dabei unter anderem auf Toxikologen der Universität Kiel sowie auf eine Studie des hessischen Sozialministeriums, erklärte Bredemeier.

Hans Rohe (SPD) zu Deponie Münchehagen

Sanierung des Bodenscheitert nicht am Geld

Düsseldorf/Petershagen (Eig. Ber./H.-W.-H.). Keinesfalls werde die dringend notwendige Sanierung des verseuchten Bodens an der Landesgrenze Nordrhein-Westfalen/Niedersachsen etwa an finanziellen Problemen scheitern. Dies erklärte gestern nach einem Gespräch mit Umweltschutzminister Klaus Matthiesen, der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hans Rohe (Minden) in Düsseldorf.

Matthiesen wolle auch weiterhin darauf drängen, „daß eine angemessene und umfassende Beteiligung der betroffenen Kommunen und Stellen in Nordrhein-Westfalen sichergestellt wird und daß die begründeten Forderungen der Stadt Petershagen, aber auch des Kreises Minden-Lübbecke und der übrigen staatlichen Stellen vor allem auch bei der Sanierung berücksichtigt werden“.

betonte Hans Rohe. Matthiesen vertrete nach seiner Einschätzung ohne Wenn und Aber die Interessen der in Nordrhein-Westfalen Betroffenen und werde dabei auch nach Kräften vom Detmolder Regierungspräsidenten unterstützt.

Wie berichtet, ist die Sonderabfalldeponie in Münchehagen im Landkreis Nienburg von 1977 bis 1983 betrieben worden. NW, 12.3.88